

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

27.10 – 03.11.2023

Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron hat sich gegen das Gendern der französischen Sprache ausgesprochen. Man müsse dem Zeitgeist nicht nachgeben, sagte er anlässlich der Eröffnung eines Zentrums für die französische Sprache. "Das Maskulinum entspricht im Französischen dem Neutrum, man muss keine Punkte in die Mitte der Wörter setzen oder Bindestriche oder andere Dinge, um es lesbar zu machen", so Macron. Er bezieht sich dabei auf die Möglichkeit, im Französischen mithilfe zweier Punkte darzustellen, dass beide Geschlechter gemeint sind. Der französische Senat hat für einen Gesetzesvorschlag gestimmt, der geschlechtergerechte Sprache in der offiziellen Kommunikation verbieten soll. Nun muss die Nationalversammlung über das Gesetz abstimmen. Dafür gibt es jedoch noch keinen Termin.

Frankreich will Recht auf Abtreibung in der Verfassung verankern. Die Ankündigung folgte auf ein Versprechen, das Macron bereits am 8. März, dem Internationalen Frauentag, als Reaktion auf die Entwicklungen in den USA gegeben hatte. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird laut Staatspräsident Emmanuel Macron dem Ministerrat bis Ende des Jahres vorgelegt.

Pariser Polizisten haben in einer Metro-Station eine verschleierte Frau wegen einer mutmaßlich islamistischen Terrorgefahr angeschossen. Die Frau habe am 31. Oktober andere Metronutzer bedroht und sei durch Allahu Akbar-Rufe aufgefallen. Nach Angaben der Pariser Präfektur wurden Ermittlungsverfahren gegen die Frau sowie wegen des Schusswaffengebrauchs der Polizisten eingeleitet. Die Metro-Station Bibliotheque Nationale de France wurde vorsorglich evakuiert. In Frankreich herrscht seit dem 13. Oktober die höchste Terrorwarnstufe.

Frankreich hat gegen die Europäische Kommission eine Beschwerde eingereicht, weil sie Beamte auf der Grundlage von Auswahlverfahren in englischer Sprache eingestellt hat. Brüssel stellt derzeit neue Beamte in Bereichen wie Raumfahrt, Verteidigung und Wirtschaft ein und wendet dabei ein Auswahlverfahren an, bei dem einige Tests nur auf Englisch durchgeführt werden. Paris ist der Ansicht, dass diese Kriterien anglophone Bewerber gegenüber ihren Konkurrenten bevorzugen, und hat zwei Klagen vor dem obersten EU-Gericht eingereicht.

Am 27. Oktober stimmte Frankreich für eine nicht bindende UN-Resolution, die zu einem „humanitären Waffenstillstand“ aufruft. Bei der Abstimmung enthielt sich Deutschland. Der französische UN-Botschafter betonte jedoch, dass Frankreich an der Resolution kritisiere, dass sie nicht eindeutig die Terroranschläge der Hamas verurteile, das Recht Israels auf Selbstverteidigung unterstreiche und die sofortige Freilassung der Geiseln einfordere. Auch Staatspräsident Emmanuel Macron sprach sich im Rahmen der Pressekonferenz des Europäischen Rates vom 27. Oktober für den humanitären Waffenstillstand aus, um den „Schutz der Zivilbevölkerung im Gazastreifen“ sicherzustellen.

Emmanuel Macron ist am 1. November in Astana, der Hauptstadt Kasachstans, eingetroffen. Anschließend flog er nach Usbekistan weiter. In Kasachstan ist Macron mit seinem Amtskollegen Kassym-Jomart Tokajew zusammengekommen und unterzeichnete Verträge unter anderem in den Bereichen Pharmazie und Luftfahrt. Der französische Staatspräsident wurde von einer großen Wirtschaftsdelegation begleitet, darunter die Vorstandsvorsitzenden von EDF (Strom), Suez (Wasser) und Orano (Uran). Frankreich ist vor China der fünfgrößte ausländische Investor in Kasachstan. Der bilaterale Handel belief sich 2022 auf 5,3 Mrd. Euro, wobei der größte Teil auf Kohlenwasserstoffe entfiel. Kasachstan liefert fast 40 % seines Urans an Frankreich. Frankreich ist

entschlossen, seine Präsenz in der Region zu stärken, und steht in den Startlöchern für den Bau des ersten Kernkraftwerks in Kasachstan, über dessen Bau bis Ende des Jahres in einem Referendum entschieden werden soll. Macron ist der erste französische Staatspräsident seit François Mitterrand, der Usbekistan einen Besuch abstattet.

Verteidigungsminister Sébastien Lecornu hat am 2. November einen zweitägigen Besuch im Südlibanon begonnen. „Der Libanon braucht keinen Krieg an seinen Grenzen, während er sich in einer großen institutionellen Krise befindet“, erklärte der Minister bei seiner Reise nach Deir Kifa im Süden des Libanon, zu einem der Stützpunkte der Übergangstruppe der Vereinten Nationen für den Libanon (UNIFIL). Dort sind rund 700 französische Soldaten im Rahmen der UN-Friedensmission an der libanesisch-israelischen Grenze stationiert. Seine Reise endet am Freitag mit mehreren Treffen, darunter mit dem Übergangspräsidenten Najib Mikati und dem Armeechef Joseph Aoun. Offiziell will Sébastien Lecornu an den 40. Jahrestag des Drakkar-Attentats vom 23. Oktober 1983 erinnern, bei dem 58 französische Fallschirmjäger ums Leben kamen.

In der Nacht von Mittwoch, dem 1. November, auf Donnerstag, den 2. November, fegte der Sturm Ciaran über die französische Küste hinweg. Die Bretagne und die Normandie waren besonders stark von den Winden betroffen, die stellenweise 200 km/h erreichten. In Frankreich gab es zwei Tote und sechzehn Verletzte. In der Bretagne hatten die Behörden ein Fahrverbot für die Straßen der Region verhängt und die Züge fuhren im westlichen Teil des Landes nicht. Präsident Emmanuel Macron reiste am Freitag, den 3. November, in die Bretagne, um den seit dem Sturm mobilisierten Helfern zu danken und sich mit den Einwohnern auszutauschen.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der Vorsitzende der bürgerlich-konservativen Partei Les Républicains, Eric Ciotti, hat in der Sonntagszeitung Journal du dimanche die Konturen eines möglichen Referendums über das Thema Migration vorgestellt. Die Fraktion der Républicains in der Nationalversammlung hat einen Vorschlag für ein verfassungsmäßiges Einwanderungsgesetz vorgelegt, das am 7. Dezember in der Nationalversammlung diskutiert wird. Die erste Maßnahme dieses Textes zielt darauf ab, die Voraussetzungen für ein Referendum nach Artikel 11 der Verfassung zu erweitern, "damit das Volk direkt zu Fragen im Zusammenhang mit der Einwanderung befragt werden kann". Ciotti kündigte auch an, dass die Fraktion ein Misstrauensvotum gegen die Regierung stellen wird, sollte die Regierung die Regularisierung von Arbeitskräften ohne Aufenthaltsgenehmigung durchsetzen.

DIE ZAHL DER WOCHE

100

100 Bombendrohungen gegen Flughäfen wurden seit Mitte Oktober in Frankreich registriert. Verkehrsminister Clément Beaune betonte in einem Fernsehinterview, dass jede Drohung strafrechtlich verfolgt wird. Der Verkehrsminister teilte außerdem mit, dass "eine Verdoppelung der Meldungen über herrenloses Gepäck in Bahnhöfen und Flughäfen" zu verzeichnen ist.

3	4	7
0	8	6
5	2	3
7	4	9
9	8	2
2	0	1
6	2	5